Meine Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie herzlich zu unserer diesjährigen Jahrespressekonferenz.

Sie alle kennen das Sprichwort „Handwerk hat goldenen Boden“. Und daher freue ich mich als Bundesinnungsmeister des Kfz-Handwerks außerordentlich darüber, dass wir im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit 20 Jahren bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Kfz-Gewerbe erreicht haben.

Im Ausbildungsberuf „Kfz-Mechatroniker/in“ wurden 25.221 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, das entspricht einer Steigerung um 7,2 % gegenüber dem Vorjahr. Das Berufsbild wird aufgrund der vielen Ausbildungsinhalte zur Elektromobilität und Digitalisierung gerade auch für junge Frauen zunehmend attraktiv. Der Anteil der Kfz-Mechatronikerinnen lag mit 1.551 Auszubildenden bei rund 6,2%.

Mit einem gewissen Stolz möchte ich sagen, dass der Beruf Kfz-Mechatroniker bei den Neuabschlüssen der mit Abstand beliebteste Beruf unter allen Ausbildungsberufen in Deutschland ist.

Auch bei den Automobilkaufleuten setzte sich der positive Trend mit 5.727 neuen Auszubildenden fort, das sind 4,2 % mehr als im Vorjahr. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden liegt hier bei knapp 40 %.

Junge Menschen sehen im Kfz-Handwerk und den Ausbildungsberufen der Automobilbranche ihre Zukunft. Wer den nächsten Schritt gehen will, muss für einen Meisterkurs rund 15.000 Euro bezahlen. Ein Studium hingegen ist kostenlos. Hier muss die Politik endlich handeln, um eine Gleichheit zwischen akademischer und handwerklicher Weiterbildung zu ermöglichen.

Darüber hinaus muss die Politik die Rahmenbedingungen für junge Meisterinnen und Meister so gestalten, dass sie dann auch Bock darauf haben, Betriebsnachfolgen zu übernehmen oder ihren eigenen Betrieb zu gründen.

Hier schrecken Überregulierung durch Bürokratie, fehlende Steuererleichterungen und eine generelle Zurückhaltung der Banken bei der Finanzierung noch zu sehr ab.

Von der neuen Bundesregierung erhoffen wir uns mehr Unterstützung für Handwerk und Mittelstand durch:

* Günstige Kredite und Förderprogramme
* Bürokratieerleichterungen für Kleinbetriebe
* Steuerliche Erleichterungen bspw. bei Grunderwerbsteuer und Umsatzsteuervoranmeldungen

Wir tun bereits sehr viel durch Weiterbildung und Förderung der Mitarbeitenden, um qualifizierte Fachkräfte in unseren Betrieben zu halten. Wir haben im vergangenen Jahr eine Fachkräftestrategie erarbeitet, die sich mit der Weiterentwicklung von Fachkräften beschäftigt, moderne Berufsbilder vorantreibt und Zielgruppen wie Quereinsteiger, Frauen, Studienabbrecher und Menschen mit Migrationshintergrund in den Fokus rückt.

Auch hier sind wir im Kfz-Handwerk Spitzenreiter: von den 80.000 Syrern, die in sogenannten Engpassberufen beschäftigt sind, haben 4.000 im Kfz-Handwerk ihre Anstellung gefunden.

Insgesamt bildet das Kfz-Gewerbe zurzeit rund 95.000 junge Menschen in technischen und kaufmännischen Berufen aus.

Trotz steigender Zahlen bei den Auszubildenden ist die Anzahl der Beschäftigten um 0,5 % auf 428.000 Menschen gesunken (Vorjahr 430.000).

Aber kommen wir zur Arbeit in den Kfz-Werkstätten:

Im Geschäftsfeld Service und Reparatur hatten wir im Jahr 2024 erneut ein kräftiges Umsatzwachstum von 7,4 % auf rund 36 Mrd. Euro im Vergleich zu 2023.

Dafür gibt es eine Reihe guter Gründe:

Der Fahrzeugbestand ist im letzten Jahr weiter leicht gewachsen, auf rund 49,5 Mio. Pkw (plus 0,6%) (Die Zahlen für das gesamte Jahr 2024 liegen noch nicht vor). Rechnet man Krafträder, Busse, Lkw und Zugmaschinen hinzu, sind es 61,3 Mio. Kraftfahrzeuge (plus 0,9 %). Und auch die 8,6 Mio. Anhänger (plus 1,4 %) bedürfen der Wartung und Reparatur.

Das Pkw-Durchschnittsalter liegt bei 10,3 Jahren. Je älter ein Fahrzeug, desto höher sind die Aufwendungen für Wartung und Reparatur.

Die Quote der durchschnittlichen Werkstattauslastung lag im Jahresdurchschnitt bei 87 % und damit stabil auf dem hohen Niveau des Jahres 2023. Zum Vergleich: Der Wert des Vorkrisenjahres 2019 lag bei 83 % und damit um 4 Prozent-Punkte niedriger.

Im vergangenen Jahr ließen die Autofahrer (laut dem aktuellen DAT-Report) sowohl mehr Wartungen als auch mehr Reparaturen im Vergleich zum Jahr 2023 durchführen.

Für das laufende Jahr rechnen wir mit gleichbleibend hoher Werkstattauslastung und weiterwachsendem Servicegeschäft.

Über drei Viertel der befragten Betriebe (77 %) sind positiv gestimmt, was die Auftragslage für Wartungs- und Reparaturarbeiten betrifft. So erwarten 54 % eine gleichbleibende Auftragslage. Mit mehr Aufträgen rechnen 3,7 %, und mit einer „eher besseren” Lage 19,2 %. Das verbleibende Viertel schaut etwas pessimistischer auf das laufende Jahr. („eher schlechter“ sagen 18,6 %, „schlechter“ meinen 4,5 %).

Die Anzahl der Kfz-Betriebe ist im vergangenen Jahr um 140 und damit um minus 0,4 % auf 36.030 Betriebe zurückgegangen.

Während die Zahl der fabrikatsgebundenen Betriebe um minus 0,5 % bzw. 70 Betriebe auf 14.050 schrumpfte, ging die Zahl der nicht fabrikatsgebundenen Betriebe um 0,3 % bzw. 70 Betriebe auf 21.980 zurück. Erfasst sind alle organisationsfähigen Betriebe ab einer jährlichen Umsatzgröße von 100.000 Euro aufwärts.

Was erwarten wir von der neuen Bundesregierung?

Ich sagte eingangs schon, dass wir mehr Freiräume für Betriebsgründungen und Nachfolgeregelungen brauchen, damit hervorragend ausgebildete Meisterinnen und Meister ihren Weg in die Selbständigkeit gehen können.

Aber: wir brauchen für einen vollumfänglichen Service für unsere Kundinnen und Kunden einen fairen und gleichwertigen Zugang zu vom Fahrzeug generierten Daten, Funktionen und Ressourcen.

Der ZDK erwartet nach der Bundestagswahl ein klares Votum der Bundesregierung für eine sektorale Regelung zu Fahrzeugdaten in Brüssel. Das Thema wird seit fast zehn Jahren verhandelt. Die Regelung muss nun endlich kommen. Wir sind der Meinung, dass die vom Fahrzeug generierten Daten den Kunden gehören und sie letztlich auch den Werkstätten und Reparaturbetrieben zur Verfügung gestellt werden müssen.

Außerdem müssen bereits existierende kartellrechtliche Instrumente, wie die Gruppen-Freistellungs-Verordnung (GVO/Kfz-GVO), genutzt werden, um unfaire Datenmonopole zu verhindern. Diese müssen auf die neuen Anforderungen aus der digitalen Welt angepasst werden. Es geht um den Erhalt des Geschäftsmodells „Mittelstand in Germany“!

Die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) bildet die zentrale gesetzliche Grundlage für den sicheren Betrieb von Pkw und Nutzfahrzeugen in Deutschland. Die letzte grundlegende Reform der StVZO stammt aus dem Jahr 2012. Damals hatten moderne Technologien wie Elektromobilität, digitale Systeme und Fahrassistenzsysteme (FAS) noch nicht die heutige Relevanz.

Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts stellt sich die Frage, ob die bestehenden Prüfvorschriften weiterhin den aktuellen Anforderungen gerecht werden.

Wir sehen über die Novellierung der StVZO hinaus weiteren Handlungsbedarf. Unser Ziel ist eine moderne und zukunftssichere Hauptuntersuchung (HU), die dennoch für Autofahrer bezahlbar bleibt. Deshalb sind wir weiter aktiv im Dialog mit dem Bundesverkehrsministerium, um auch mit Blick auf die eingebundenen Kfz-Werkstätten eine praxisgerechte Weiterentwicklung der HU zu unterstützen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten kann eine nachhaltige und sichere Mobilität in Deutschland gewährleistet werden.

Diese wertvolle Arbeit muss auch in der neuen Bundesregierung fortgeführt und zum Erfolg geführt werden.

Herzlichen Dank.